Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4993**
16. Wahlperiode 02. 04. 2007

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Sabine Zimmermann, Dr. Gesine Lötzsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4729 –

Investitionen durch kleine und mittelständische Unternehmen in den neuen Ländern

Vorbemerkung der Fragesteller

80 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) haben weniger als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigte (vgl. KfW-Mittelstandspanel 2006). Der starke Rückgang der Zahl aller investierenden KMU ist besonders auf den Rückgang der Investorenzahl bei den KMU mit weniger als fünf vollzeitäquivalenten Beschäftigten zurückzuführen (vgl. ebd.). In den neuen Ländern besteht eine deutlich kleinteiligere Größenstruktur der Unternehmen als in den alten Ländern. Gleichzeitig gehören diese Unternehmen in ihrer Summe zu den letzten tragenden Säulen, insbesondere in den ländlichen Räumen. Jedoch sind gerade diese kleineren Unternehmen aus Mangel an Eigenmitteln durch eine unzureichende Kreditversorgung bedroht und haben einen nur unzureichenden Zugang zu langfristigen Bankkrediten (vgl. ebd.), die vor allem für die so genannte 2. Investitionsschwelle dringend gebraucht werden. So sank der Anteil der Bankkredite mit Laufzeiten von mehr als fünf Jahren bei KMU mit weniger als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten von 2003 bis 2005 drastisch um 17 Prozentpunkte auf unter 9 Prozent (vgl. ebd.). Kleine Unternehmen ohne ausreichende Sicherheiten – wie in den neuen Ländern mehrheitlich der Fall – müssen ohne verfügbare Kredite ihre Investitionen reduzieren. Durch die unterbliebenen Investitionen konnten 2005 bis zu 44 000 Arbeitsplätze nicht geschaffen werden (vgl. ebd.). Kürzlich hat die KfW Bankengruppe mit Unterstützung der Bundesregierung die KfW-Initiative „Kleiner Mittelstand" gegründet, bei der die durchleitenden Banken zu Lasten der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) Mittelstandsbank vollständig vom Kreditrisiko befreit werden.

1. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung über die KfW-Initiative „Kleiner Mittelstand" hinaus, um gerade den KMU mit weniger als fünf

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 29. März 2007 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

vollzeitäquivalent Beschäftigten den Zugang zu langfristigen Bankkrediten zu erleichtern?

Wenn sie keine plant, warum nicht?

Die KfW-Initiative „Kleiner Mittelstand“ ist ein aus sechs Teilelementen bestehender Maßnahmenkatalog, der darauf abzielt, gerade Gründern und kleinen Unternehmen den Zugang zu ausreichenden Finanzmitteln zu verschaffen. So übernimmt der „Mikrofinanzfonds“ (1) das Ausfallrisiko ganz kleiner Investitionsvorhaben. Die Programme „StartGeld“ und „Mikrodarlehen“ werden künftig unter einem noch nicht bestimmten Programmnamen (2) zusammengefasst und darüber Darlehen für Gründer und junge Unternehmer zu noch stärker vergünstigten Konditionen und gegen eine 100-prozentige Haftungsfreistellung der durchleitenden Hausbanken ausgereicht. Mit dem derzeit noch entwickelten Standardkreditprogramm (3) soll die Kostenbelastung der Hausbanken bei kleinteiligen Krediten vermindert werden. Über das KfW-Genussrechtsprogramm (4) haben kleine Unternehmen verbesserte Möglichkeiten, ihre Eigenmittelsituation zu stärken. Darüber hinaus sollen die Hausbanken im Rahmen des KfW-Unternehmerkredits demnächst durch Freistellungen von 50 Prozent von ihrer Haftung entlastet werden (5). Flankierendes Element aller dieser Maßnahmen ist ein konsistentes Beratungsangebot (6) für den kleinen Mittelstand zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Investitionsvorhaben.

Mit diesem umfassenden Maßnahmenkatalog lassen sich besonders auch die erheblichen Probleme der Unternehmensfinanzierung in den neuen Länder lösen.

2. Gibt es – bezogen auf die neuen Länder – Maßnahmen der Bundesregierung über die KfW-Initiative „Kleiner Mittelstand“ hinaus, mit denen gerade KMU mit weniger als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten der Zugang zu langfristigen Bankkrediten erleichtert wird?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Die Probleme der Mittelstandsfinanzierung sind in den alten Ländern wie in den neuen grundsätzlich gleich. Zugunsten der neuen Länder bestehen beachtliche Förderpräferenzen, wie die nachstehende Grafik verdeutlicht:

Förderpräferenzen für die Neuen Länder

Zinspräferenz von 0,25 %-Punkten in ERP-Programmen	Geringerer Mindestanteil an Eigenmitteln	Präferenzen bei den Finanzierungsanteilen
1) ERP Kapital für Gründung (EKH) ab dem 5. Jahr **2) ERP Kapital für Wachstum** **3) ERP-Innovations-programm** (FK- und NR-Tranche) **4) ERP-Regionalförder-programm** **5) ERP-Umweltprogramm** + Längere Laufzeit	**1) ERP Kapital für Gründung** Eigenmittelanteil des Gründers mind. 7,5% (aL mind. 15%) **2) High Tech Gründer Fonds** Eigenmittelanteil des Gründers mind. 10% (aL mind. 20%)	**1) ERP Kapital für Gründung** (Festigungsphase): bis zu 75% (aL: bis zu 40%) jeweils einschließlich Eigenmittelanteil des Gründers **2) ERP-Innovationsprogramm/ Markteinführungsphase** 80% max. 2,5 Mio (aL: 50% max. 1 Mio) **3) ERP-Regionalförder-Programm** 85% (aL 50%); **4) ERP-Beteiligungsprogramm** 85% max. 1 Mio (aL: 75% max. 500 Tsd)

3. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass sich die Privatbanken über die KfW-Initiative „Kleiner Mittelstand“ hinaus an der Kreditvergabe für Kleinstunternehmen mit weniger als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten stärker beteiligen?

   Falls sie keine Maßnahmen plant, warum nicht?

Nach einer Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes haben alle Institutsgruppen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß ihr (Eigen-)Engagement in der Investivkreditfinanzierung gerade auch in den neuen Ländern aktuell und auch in der Tendenz deutlich verstärkt. Weitere Anreize für die private Kreditwirtschaft zur Investivkreditfinanzierung zu setzen, ist nicht geplant. Die neue KfW-Initiative bietet insoweit umfassende Lösungen für die Probleme in den neuen Ländern an. Zunächst sind dessen Wirkungen abzuwarten, bevor ohne exakte Analyse der aktuellen Fördermaßnahmen neue Programme aufgelegt werden.

4. Liegen der Bundesregierung Informationen vor, wie viele Arbeitsplätze aufgrund unterbliebener Investitionen von ostdeutschen KMU mit weniger als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten im Jahr 2005 nicht geschaffen werden konnten, die auf den mangelnden Zugang zu langfristigen Bankkrediten begründet sind?

   Wenn ja, welche?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Auswertungen auf Basis des KfW-Mittelstandspanels zeigen, dass sich die Finanzierungssituation der KMU in Deutschland insgesamt verbessert hat. Eine Regionalisierung der Ergebnisse liegt nicht vor. Die Zahl der mittelständischen Unternehmen, denen eine Bank in Kreditverhandlungen kein konkretes Angebot unterbreitet, ist danach zwischen 2004 und 2005 von 350 000 auf 170 000 gesunken. Damit hat sich die entsprechende Kreditablehnungsquote von 44 auf 28 Prozent reduziert. Allerdings konnten sehr kleine KMU (mit weniger als 5 FTE-Beschäftigten) mit einer von 53 auf 35 Prozent gesunkenen Ablehnungsquote von dieser Entwicklung nicht im gleichen Ausmaß profitieren wie größere Mittelständler. Unter anderem deshalb hat die KfW Anfang des Jahres die genannte Initiative „Kleiner Mittelstand“ ergriffen.

Nach Schätzungen auf Basis des KfW-Mittelstandspanels wurden im Jahr 2005 im gesamten Mittelstand bis zu 24 Mrd. EUR nicht oder verspätet investiert, weil Kreditverhandlungen gescheitert sind. Insgesamt waren davon mittelständische Unternehmen mit zusammen rund 870 000 Beschäftigten betroffen. Als Folge unterbliebener Investitionen könnte die Schaffung von bis zu 44 000 Arbeitsplätzen verhindert worden sein. Bei Kleinunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten in den neuen Bundesländern, die 2005 angeben, von Finanzierungsschwierigkeiten betroffen zu sein, waren etwa 45 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Bis zu 2 300 Arbeitsplätze könnten aufgrund der Finanzierungsschwierigkeiten verhindert worden sein. Dies zeigt, dass Finanzierungsschwierigkeiten und die in ihrer Folge unterbliebenen Investitionen im Jahr 2005 ca. 5 Prozent Beschäftigungswachstum verhindert haben dürften.

5. Wie entwickelte sich die Inanspruchnahme des ERP (European Recovery Program) und der KfW-Programme in den neuen Ländern 2004, 2005 und 2006 (bitte getrennt für KMU mit weniger bzw. mehr als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten sowie in absoluten Zahlen und jährlichen Veränderungen in Prozent, aufgeschlüsselt nach den Programmen ERP-Kapital für

Gründung, ERP-Kapital für Wachstum, KfW-Unternehmerkredit, Start-Geld und Mikrodarlehen angeben)?

Die Entwicklung der Inanspruchnahme im betreffenden Zeitraum verdeutlicht nachfolgende Aufstellung.

Zusagen in den neuen Ländern

01.01.2004 bis 31.12.2006

		2.004 Mio EUR	2.005 Mio EUR	2.006 Mio EUR
ERP-Mittel	**ERP-Kapital für Gründung**	32,8	41,8	41,7
	ERP-Kapital für Wachstum	3,5	4,5	5,9
KfW-Mittel	**KfW-Unternehmerkredit**	432,6	376,7	422,3
	MikroDarlehen	3,3	4,0	3,6
	StartGeld	15,0	13,5	12,8

Danach stiegen bei den ERP-Mitteln die Zusagen für „ERP-Kapital für Gründung“ von einem Volumen von 32,8 Mio. Euro in 2004 um 27,4 Prozent an auf 41,8 Mio. Euro in 2005. Mit 41,7 Mio. Euro blieben die Zusagen in 2006 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Die Zusagen im Rahmen des „ERP-Kapital für Wachstum“ entwickelten sich konstant aufwärts und stiegen von 3,5 Mio. Euro in 2004 zunächst um 28,6 Prozent auf 4,5 Mio. Euro in 2005 und in 2006 um 31,1 Prozent auf weitere 5,9 Mio. Euro.

Bei den bereitgestellten KfW-Mitteln sanken die Zusagen für den KfW-Unternehmerkredit zunächst um 12,9 Prozent von 432,6 Mio. Euro in 2004 auf 376,7 Mio. Euro in 2005, um dann mit einem Anstieg von 12,1 Prozent sich in 2006 mit einem Zusagevolumen von 422,3 Mio. Euro dem Ausgangsniveau wieder anzugleichen. Bei den Mikrodarlehen war in 2005 ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 21,2 Prozent zu verzeichnen, in 2006 dagegen ein Rückgang von 10 Prozent. Bei Startgeld sank das Zusagevolumen im genannten Zeitraum stetig zunächst um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr in 2005 und weiteren 5,2 Prozent in 2006.

Eine Aufspaltung nach Beschäftigtengrößenklassen ist aus datenerhebungstechnischen Gründen nicht darstellbar.

6. Wie ist die regionale Verteilung der in Anspruch genommenen Mittelstandsförderung im ERP und in KfW-Programmen in den Jahren 2004, 2005 und 2006 (bitte Angabe nach Bundesländern und Kommunen und je nach KMU mit weniger bzw. mehr als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten)?

Die regionale Verteilung der Zusagen verdeutlicht nachfolgende Grafik.

E R P - Förderkreditprogramme Zusagen 2004 - 2006			
1. Westliches Bundesgebiet	**2004**	**2005**	**2006**
Kleine u. mittl. Unternehmen			
Kapital für Gründung	97,7	136,0	125,0
Eigenkapitalhilfeprogramm	80,6	-	-
Kapital für Wachstum	11,2	16,2	25,1
Existenzgründungsprogramm	55,4	-	-
Regionalförderprogramm	40,0	24,3	57,9
Kapitalbeteiligungen	64,1	31,5	45,7
Bürgschaftsbanken	37,2	36,6	32,6
Innovationsprogramm	127,0	198,2	1.589,9
Zwischensumme	513,1	442,8	1.876,2
Umweltschutzmaßnahmen	629,0	1.381,9	1.881,4
Exportprogramm	29,9	50,9	87,6
S u m m e 1	**1.172,0**	**1.875,6**	**3.845,2**
2. Östliches Bundesgebiet			
Kleine u. mittl. Unternehmen			
Kapital für Gründung	32,8	41,8	41,7
Eigenkapitalhilfeprogramm	31,6	-	-
Kapital für Wachstum	3,5	4,5	5,9
Existenzgründungsprogramm	23,6	-	-
Regionalförderprogramm	82,8	78,4	111,7
Kapitalbeteiligungen	37,5	44,2	30,1
Bürgschaftsbanken	11,2	16,1	18,0
Innovationsprogramm	0,9	0,6	50,4
Zwischensumme	223,9	185,6	257,8
Umweltschutzmaßnahmen	635,4	1.054,2	989,1
Exportprogramm	0,0	0,0	0,0
S u m m e 2	**859,3**	**1.239,8**	**1.246,9**
(Summe 1+2)	**2.031,3**	**3.115,4**	**5.092,1**
3. Mobilisiertes Beteiligungskapital			
BTU-Programm *westl. Bundesgeb.*	*48,6*	*14,4*	*0,0*
östl. Bundesgeb.	*11,2*	*7,4*	*0,0*
insges.	59,8	21,8	0,0
ERP-Startfonds *westl. Bundesgeb.*	-	*74,7*	*76,5*
östl. Bundesgeb.	-	-	*12,6*
insges.	-	74,7	89,1
S u m m e 3	59,8	96,5	89,1
INSGESAMT (Summe 1 - 3)	**2.091,0**	**3.211,9**	**5.181,2**

Eine Aufspaltung nach Kommunen und Beschäftigtengrößenklassen ist auch hier aus datenerhebungstechnischen Gründen nicht darstellbar.

7. Welche wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Ziele verfolgt die Bundesregierung mit der Förderung von Unternehmensgründungen mit weniger als fünf vollzeitäquivalent Beschäftigten in den neuen Ländern bis 2009?

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist die Förderung des Aufbaus und der Entwicklung einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft in den neuen Ländern, deren Träger dort im Vergleich zu den alten Ländern in ganz besonderem Maße der Mittelstand ist. Stärkung der Finanzkraft kleiner und mittlerer Unternehmen und Aufbau Ost gehen insoweit Hand in Hand. Dadurch und durch die daneben weiterhin bestehenden Förderpräferenzen soll es dem einzelnen Unternehmen ermöglicht werden, neue Ideen umzusetzen, neue Produkte zu schaffen

und Verfahrensabläufe zu verbessern. Erst dort, wo auch der finanzielle Rahmen zur Umsetzung neuer Ideen und Ziele besteht, kann sich letztlich die unternehmerische Innovationskraft und Kreativität, aber auch die jedes einzelnen Beschäftigten voll entfalten. Gerade für Kleinstunternehmen ist der Zugang zu den dafür benötigten Investivmitteln möglicherweise die „Initialzündung“, das eigene Potenzial nicht nur voll zur Geltung zu bringen, sondern auch durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze stetig auszubauen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333